

05.02.2009 - Universitäten / Studenten

Studiengebühren - Rektoren: "Bürokratiemonster noch nicht gebändigt"

Utl.: Schnabl: Modus für Gebührenrefundierung "nach wie vor offen" - Wissenschaftsministerium soll Detailgespräche umgehend aufnehmen, sonst drohen "ernsthafte Liquiditätsprobleme"=

Wien (APA) - Das "Bürokratiemonster" im Zusammenhang mit den Ausnahmeregelungen zu den Studiengebühren ist für Christa Schnabl, Vizerektorin der Uni Wien, "noch nicht gebändigt". Dem kurz vor den Nationalratswahlen beschlossenen Gesetz habe man zwar durch die dazugehörigen Verordnungen "einige 'Giftzähne'" ziehen können. "Allerdings sind damit keineswegs alle Problemzonen bereinigt", beklagte die Leiterin der Rektoren-Arbeitsgruppe zur Abwicklung der Ausnahmeregelungen, im aktuellen Newsletter der Universitätenkonferenz (uniko). Vor allem Fragen zur Refundierung von Studiengebühren seien "nach wie vor offen".

Das Sorge an den Universitäten für "gravierende Rechts- und Finanzierungsunsicherheit", so Schnabl. Die uniko begrüße zwar, dass durch die Verordnungen einheitliche Regelungen für die Abwicklung geschaffen wurden; bei der neuen Studienbeitragsregelung hätten jedoch - wie von der uniko gefordert - Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit stärker im Vordergrund stehen müssen. "Die aktuelle Regelung ist wesentlich komplexer als das bisher gültige Gesetz und bringt für die Studierenden und die Universitäten zusätzlichen bürokratischen Aufwand."

So seien einige Regelungen nach wie vor unbefriedigend, z. B. die Art und Weise der Semesterzahlung sowie der Nachweis der Erwerbstätigkeit über den Einkommensteuerbescheid. Schnabl appellierte an die verantwortlichen Politiker und Beamten, den Studenten "unbedingt" zeitgerecht den Einkommenssteuerbescheid zur Verfügung zu stellen.

Schnabl kritisierte außerdem, dass die Gespräche zwischen Universitäten und Wissenschaftsministerium "im Vorfeld mit großer Verspätung" begonnen worden seien - nämlich zu einem Zeitpunkt, als die Vorschreibungen der Studienbeiträge schon erfolgt waren. Die uniko fordere das Wissenschaftsministerium dazu auf, umgehend "die versprochenen Detailgespräche" zur Studiengebühren aufzunehmen. Denn, so Schnabl: "Weitere Verzögerungen in dieser Frage könnten zu ernsthaften Liquiditätsproblemen der Universitäten führen."
(Schluss) jle/ly/bei

APA0315 2009-02-05/12:54

051254 Feb 09

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.